

Nach Resolution des Deutschen Ärztetags

Ärzte fühlen sich in Bedenken gegen eCard bestätigt

jb

Ärzte, die sich gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in der bisherigen Form wenden, fühlen sich durch die ähnlich lautende Resolution des Deutschen Ärztetags bestätigt.

23.05.07 - Das Arzt-Patienten-Verhältnis dürfe nicht durch die Speicherung sensibler Daten auf zentralen Rechnern beschädigt werden, heißt es in dem von den 250 Delegierten mehrheitlich gefassten Beschluss. "Wir wollen mehr Qualität und mehr Sicherheit", sagte Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe nach Abschluss der viertägigen Beratungen des 110. Ärztetages am Freitag in Münster. Ebenso pochten die Ärzte darauf, Praxisabläufe nicht zu behindern. Die Kosten der milliardenschweren Entwicklung sollten nicht auf Ärzte und ihre Patienten abgewälzt werden.

"Nun sollten sich auch die Ärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung in Schleswig-Holstein hinter die Resolution des Deutschen Ärztetages stellen oder eindeutig begründen, warum Sie an dem laufenden Test der eCard in Flensburg weiter teilnehmen wollen", kommentiert der 1. Vorsitzende von "UnderDOC", Dr. med. Svante Gehring die auf dem Ärztetag beschlossene Resolution. Die UnderDOCs sind ein eingeschriebener Verein niedergelassener Haus- und Facharzt/innen, die eine Entbürokratisierung und mehr Transparenz im Gesundheitswesen fordern. In Schleswig-Holstein haben sie sich gegen die Einführung der elektronische Gesundheitskarte engagiert.

Die Kernforderungen der UnderDOCs finden sich nun auch in der vom Ärztetag abgestimmten Resolution wieder. Darin sieht die Ärzteschaft das Arzt-Patienten-Verhältnis durch die Speicherung sensibler Patientendaten in zentralen Rechnern gefährdet, da die Daten so nicht sicher vor dem Zugriff Dritter geschützt werden könnten. Auch wird die Einteilung der Patienten in Risikoklassen abgelehnt, die u.a. mit der Einführung des elektronischem Rezeptes realisiert werden soll. Weiterhin wird der Nutzen der eCard bezweifelt, da u.a. die Praxisabläufe behindert würden und die Kosten der milliardenschweren Entwicklung auf Patienten und Ärzte abgewälzt werden sollen.

Resolution kann online heruntergeladen werden

Dabei wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass den Ärztinnen und Ärzten es bei ihrem Widerstand gegen die Einführung der eCard nicht um materielle Interessen gehe, sondern um die Sicherung ihres ärztlichen Entscheidens und Handelns in einem von Vertrauen geprägten Verhältnis zu ihren Patientinnen und Patienten. "Ob nun der Zugriff auf Privatkonten, die Speicherung unserer Telefonate, die Vorratsspeicherung oder nun die mit der eCard vorbereitete Nutzung von Patientendaten und totale Steuerung des Gesundheitswesen, dieser Staat macht mir langsam wirklich angst", meint Gehring. Er fordert daher die Ärzte in Schleswig-Holstein auf, sich der Resolution der UnderDOCs gegen die eCard anzuschließen (herunterladbar bei www.underdocs.de), um den Druck auf die eigenen Körperschaften im Lande zu erhöhen.

Auch Martin Grausduszus, Präsident der Freien Ärzteschaft, hat den Präsidenten der Bundesärztekammer aufgefordert, sich unverzüglich für die Umsetzung des Beschlusses der Delegiertenversammlung einzusetzen. "Das derzeitige Projekt "elektronische Gesundheitskarte" hat jede Legitimation durch die Ärzteschaft mit dem Beschluss vom 18. Mai 2007 verloren", heißt es in einem offenen Brief an Hoppe.

[Drucken](#) [Schließen](#)